

Der Winkel

Informationsschrift des VVN-BdA Sachsen

Nummer 03 - Juli 2014



„Deutsche Stimme“ abschalten!

Aktion gegen den Verlag „Deutsche Stimme“ am 21. Juni in Riesa

Den längsten Tag des Jahres wollten die meisten Bürger Riesas wohl mit Familien und Freunden verbringen. Etwa 150 Antifaschisten hatten aber Wichtigeres vor: Protest gegen den seit 2000 in Riesa ansässigen Verlag der NPD „Deutsche Stimme“. Mit Beginn unseres Marsches, begleitet durch viel Polizei, in das Gewerbegebiet Geschwister-Scholl-Straße, rief unsere Bundesvorsitzende Cornelia Kerth die Riesaer Einwohner auf, teilzunehmen. Sie sagte, dass seit 1990 180 Menschen durch Nazis ums Leben gebracht wurden. Durch Nazis, deren Verlag die faschistische Ideologie verbreitet, und der in Riesa seinen Sitz hat.

Unbeirrt der geringen Resonanz, betrachtet von einigen Fensterzuschauern, aber auch von Pöbeleien durch Nazis am Straßenrand, erreichten wir unser Ziel. Wir mussten einen Sicherheitsabstand von 50 m zum Verlagsgebäude einhalten. Es folgten einige kurze, aber sehr aussagekräftige Reden. Kerstin Köditz (MdL, DIE LINKE) schilderte, dass fast alle Funktionäre und Landtagsabgeordnete der NPD in Sachsen vorher Arbeitsverträge mit dem Verlag der NPD hatten. Parteiübergreifenden Antifaschismus mahnte

Hennig Homann (SPD) an. Der Beauftragte des Ausländerrates geißelte die rassistische Ideologie. Andreas Näther, der Initiator des „Riesaer Appell“, rief auf, unseren

Kampf so lange fortzusetzen, bis die „Deutsche Stimme“ endgültig abgeschafft wurde.

Der Anmelder unserer Demonstration, Markus Teervooren, hatte in Vorbereitung mit dem Ordnungsamt und der Polizei die Auflagen abgesprochen. So sollte eine Gasse für Rettungsfahrzeuge freigehalten werden. Durch Absperrgitter war das gegeben. Andere Fahrzeuge sollten die Aktion nicht stören.

Doch kaum begonnen, kamen Einsatzfahrzeuge der Polizei. Wenige Momente später Zivilfahrzeuge. Durch den Anmelder wurde energisch auf die Einhaltung der Festlegungen gedrungen. Zunächst ohne Ergebnis. Der Einsatzleiter und eine Person in Zivil (Ordnungsamt?) waren entweder überfordert oder dazu nicht gewillt.



Über 150 Antifa's forderten die Schließung des NPD-Verlages

Als ein Redner fast durch ein Privatfahrzeug angefahren wurde, stiegen einige Teilnehmer auf die Absperrgitter. Sofort waren die Einsatzkräfte zur Stelle, um gegen uns



Die Bundesvorsitzende der VVN-BdA, Cornelia Kerth, spricht

einzuschreiten.

Ich selbst konnte von meinem Standort die Gespräche recht gut verfolgen und hatte das Gefühl, dass die Polizei diese Situation

bewusst provozierte.

Mir selbst wollte ein Beamter meine Kamera wegnehmen, als ich die Lage fotografierte. Ich verbat mir jede körperliche Maßnahme.

Lutz Milker, Polizeileitstelle Dresden, sagte später: „Die Veranstaltung verlief störungsfrei, wir mussten nicht entscheidend eingreifen.“

Das war kein Verdienst der Polizei, besonders aber vor Markus Teervooren, wenn er rief: „Ich fordere die Polizei auf, den Autoverkehr umgehend zu unterbin-

den. Wenn Sie uns schon hinter Gitter stellen, sorgen Sie dafür, dass wir ungestört demonstrieren dürfen.“

Roland Hering - Radebeul

Ein Nazi ist nun mal ein Nazi

Freispruch für Margitta Hollik

„Es ist unstrittig, dass man einen Nationalsozialisten einen Nazi nennen kann und muss ...“, so die einleitenden Worte des Staatsanwaltes zum Abschluss der Verhandlung gegen unser Mitglied Margitta Hollik wegen Beleidigung eines (ehemaligen) NPD-Mitglieds und Leipziger Stadtrats am Rande einer Ratssitzung - gipfelnd in dem Antrag auf Freispruch. Der Antrag auf Freispruch kam von dem Staatsanwalt, von dem auch der Strafbefehl in Höhe von 1.600 EUR zu verantworten ist. Kurioserweise - oder besser „völlig instinktlos“ - erging der Strafbefehl zu der Zeit, als der Bundesrat beim Bundesverfassungsgericht einen NPD-Verbotsantrag stellt.

Es ist bezeichnend für die Qualität der staatsanwaltlichen Ermittlungen, dass erst im Rahmen der Verhandlung am 29. April 2014 der Kontext der tumultartigen Ratssitzung vom 20. Juni 2012, die bis zum Rede- und Verbot des fraktionslosen NPD-Stadtrates Klaus Ufer wegen offensichtlich menschenverachtender Äußerungen eskalierte, aufgehellte wurde. Sowohl in den Ausführungen des Staatsanwaltes als auch der Verteidigung und im Schlusswort der Angeklagten wurden zwei Aspekte hervorgehoben: Grundsätzlich ist es geboten, Nazis auch als solche zu bezeichnen; für eine Tochter eines anerkannten Leipziger Antifaschisten ist es unerträglich, menschenverachtende Auslassungen in einer Ratssitzung zu vernehmen und es ist verständlich, dass es zu emotionalen Reaktionen kommt.

Ein bezeichnendes Licht werfen auch die Aussagen auf den zweiten Zeugen im Verfahren, den damaligen Gesprächspartner des K. Ufer: Nach seiner Schilderung er-

Geschichtskonferenz, Bundeskongress, Finanzen ...

Aus den Beratungen des Landesvorstandes im II. Quartal

Im April begann die Beratung des Landesvorstandes mit einem Rückblick auf festgelegte und durchgeführte Maßnahmen. Unter dem Beratungspunkt „Öffentlichkeitsarbeit“ wurde die Arbeit des Redaktionskollektivs des „Winkels“ gewürdigt. In der Diskussion kamen solche Fragen auf, wie; Wer könnte noch in der Redaktion mitarbeiten; Welche Themen sollten im „Winkel“ erscheinen; wie soll künftig der „Winkel“ finanziert werden? Zu dieser Frage gab es die Idee, dass finanzkräftige Stadt- und Kreisverbände dafür die Patenschaft übernehmen. (Die Druckkosten für die Ausgabe 02/2014 betragen rund 160,- EURO) Für die Länderseiten Sachsen im „antifa Magazin“ wurde vereinbart, reihum die Stadt- und Kreisverbände unseres Landesverbandes vorzustellen.

Zweites Thema war die Geschichtsarbeit, wobei vor allem die Vorbereitung der Geschichtskonferenz im Mittelpunkt stand. Im Förderverein der Gedenkstätte Zeithain wird künftig ein Mitglied des Landesvorstandes unseren Verband vertreten. Thematisiert wurde die Frage, welche gesellschaftliche Gremien in den offiziellen Gedenkstätten des Freistaates, wie etwa Bautzen, an der Arbeit beteiligt sind.

Im Mai wurde wegen der Vorbereitung und Durchführung der Geschichtskonferenz „Erinnern wozu?“ die Landesvorstandssitzung ausgesetzt. Die Beratung im Juni begann mit einer gründlichen Auswertung des 5. Bundeskongresses der VVN-BdA in Frankfurt/Main. Der Landesverband Sachsen hatte dazu die mögliche Zahl von

Delegiertenmandaten nicht ausgeschöpft. Kamerad Giersich berichtete über den politischen Bericht des Bundesausschusses, Kameradin Elsner sprach zum Finanz- und Revisionsbericht, und Kamerad Engel informierte über die „Zukunftswerkstatt“ mit den Delegierten.

Im zweiten Teil wurde über die durchgeführte Geschichtskonferenz diskutiert, die als voller Erfolg zu werten ist. Die Themenwahl war anspruchsvoll und praxisbezogen. Hervorgehoben wurde das gute Zusammenspiel zwischen allen beteiligten Bündnispartnern, welche die Konferenz ausgestaltet hatten: Evangelische Hochschule Dresden, Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, Jüdische Gemeinde zu Dresden, VVN-BdA Sachsen und Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

Ein Bericht des Landesschatzmeisters schloss sich an, in dem vor allem über die Gespräche mit den Hauptkassierern der Stadt- und Kreisverbände informiert wurde. In der Überzeugung von der gesellschaftlichen Notwendigkeit unseres Verbandes ist die Finanzierung unserer politischen Arbeit langfristig zu sichern. Dazu gehören die Beitragsehrlichkeit unserer Mitglieder, die Gewinnung neuer Mitglieder vor allem durch öffentliches Agieren unseres Verbandes, aber auch die Erschließung von Finanzquellen aus dem öffentlichen Raum durch konkrete Projektarbeit. Vorgesehen ist ein zentraler Erfahrungsaustausch zur Verbindung von politischer und Finanzarbeit im September 2014.

Peter Giersich - Sprecher des Landesvorstandes



kundigte er sich bei Umstehenden, nachdem Margitta Hollik im Vorbeigehen sinngemäß gesagt hatte „Wissen Sie eigentlich, dass Sie mit einem Nazi reden?“, wer denn das gewesen sei. Die Antwort hatte sich eingepreßt: „Das ist die rote

Margitta!“.

Für die Anklage war die Bezeichnung Nazi eine Beleidigung. Weil diese jedoch im unmittelbaren Zusammenhang mit Ufers Rede stand und für andere auch gut hörbar ausgesprochen wurde, ist von einem öffentlichen Statement im Rahmen einer politischen Auseinandersetzung auszugehen. Damit war es zwar eine Beleidigung, aber eine mögliche, die als solches nicht strafbar ist. Nehmen wir die letzten Worte von Margitta im Gerichtsverfahren als Aufforderung zum Handeln: „Keiner soll sagen dürfen: Das habe ich nicht gewusst!“

Dr. Gustav Peinel - Leipzig

Fünfter Sachsenburger Dialog



Am 1. Juni waren die Kameraden Werner Billwitz, Friedrich Roßner und ich, Ruth Schwarz, im ehemaligen KZ Sachsenburg bei Frankenberg beim „5. Sachsenburger Dialog“ dabei. Ungefähr 40 Kameraden, Angehörige von damaligen Häftlingen und

interessierte Gäste des Treffens waren hier zusammengekommen. In drei Gruppen aufgeteilt begann die Führung durch das KZ, nachdem Kamerad Enrico Hilbert, Vorsitzender der VVN-BdA Chemnitz und der Lagerarbeitsgemeinschaft Sachsenburg e.V., Worte zur Begrüßung gesagt hatte. Seiner Gruppe schlossen wir drei uns an, und schon nach kurzer Zeit waren wir gefesselt von dem, was er vom Lager schilderte und uns zeigte. Wir hörten von der Errichtung des KZ im Frühjahr 1933 unter Leitung der SA, wozu die Spinnerei von den ersten Häftlingen leer geräumt und ausgebaut werden musste. Die hatte man vorerst im Schloss untergebracht, das hoch auf dem felsigen Berg thront und mit den Wäldern, Wiesen und der im Tal fließenden Zschopau eine malerische Idylle darstellt. Doch dafür hatten die Häftlinge sicher keinen Blick, denn angetrieben von den Wachmannschaften mussten sie in kurzer Zeit das KZ fertigstellen.

Bereits im Mai waren es über 400 Häftlinge, die am 2. Juni 1933 zum ersten Appell antreten mussten. Und diese Zahl wuchs ständig, so dass hier insgesamt bis zur Schließung des KZ 1937 und der Überstellung der Häftlinge in die KZ Buchenwald und Sachsenhausen weit mehr als 3.000 Männer inhaftiert waren.

Wir standen bei unserem Rundgang auf dem großen Appellplatz, waren im noch erhaltenen Zellentrakt, standen an dem von Häftlingen begrabten Dorfbach und waren am Steinbruch, wo sie Sprenglöcher schlugen, Steine zu Schotter klopfen und die schwer beladenen Wagen ziehen mussten. Das alles unter der Gewalt der Bewacher, die sich verstärkte, als 1934

die SS die Leitung des KZ übernahm und alles Vorherige an Grausamkeit übertraf. Davon konnten wir uns in der Ausstellung überzeugen, wo der Folter-Bock, die Fotos und Dokumente und die Namen der Ermordeten und an den Misshandlungen gestorbenen Häftlinge Auskunft geben. Damit solche Grausamkeiten nicht mehr geschehen, muss an die Verbrechen der Nazis erinnert und die Gedenkstätte des KZ Sachsenburg erhalten werden.

Es war eine gute Erfahrung, als beim Rundgang eine Studentin und ein junger Arbeiter von ihrer freiwilligen Arbeit berichteten, so wie auch vom Workshop der Jugendlichen 2011, die unter anderem zwei Gedenksteine mit der Aufschrift „SPUREN VERTIEFEN“ geschaffen haben. Auch jetzt war eine Gruppe aus Leipzig vom Evangelischen Schulzentrum in Sachsenburg, um tatkräftig zu helfen und mehr über das KZ und die Geschichte zu erfahren.

Gegen 14 Uhr fand vor dem Mahnmal, das den ermordeten Häftlingen gewidmet ist, eine würdige Gedenkveranstaltung statt. Besonders berührend war für mich, als Kamerad Hilbert in seiner Rede eine Grußbotschaft von unserem Kameraden Prof. Dr. Erich Schade aus Leipzig überbrachte, Jahrgang 1911, dem wahrscheinlich letzten überlebenden Häftling des KZ Sachsenburg, der darin auf die heutige Zeit einging und vor dem Erstarken der Neo-Nazis warnte. Der stellvertretende Bürgermeister von Frankenberg, Oliver Gerstner, sprach in seiner Rede der Lagerarbeitsgemeinschaft und allen Mitstreitern Dank für ihre Arbeit aus und die weitere Unterstützung der Stadt zusagte. Er versicherte, dass der Erhaltung der Gedenkstätte nichts mehr im Wege steht. Die Gedenkveranstaltung, die mit einem Beitrag in Gedichtform und musikalisch ergreifend umrahmt war, endete mit dem Lied der Moorsoldaten.

Ich konnte mit der Gewissheit nach Hause fahren, dass das Leiden der Häftlinge des KZ Sachsenburg nicht vergessen wird. Während unserer Rückfahrt brachte es Kamerad Friedrich Roßner auf den Punkt, als er Werner Billwitz dafür dankte, dass er ihn mit nach Sachsenburg genommen hat, weil das Erlebte eine Bereicherung seines Wissens darstellt und Ansporn für seine weitere antifaschistische Arbeit sein wird.

Ruth Schwarz - BdA Leipzig

VVN-BdA Freiberg setzt Kultur ein

Es war eine kleine Annonce in der Jungen Welt: „Musiktheater Weber-Herzog bietet eine politisatirische Stück ‚Theodor der Wüterich‘ an“. Mehr nicht. Trotzdem wurde ich neugierig und nach einem Blick ins Internet rief ich in Berlin an und fragte nach den Konditionen. Danach fragte ich einen befreundeten Sozialarbeiter, der in Freiburger Berufsschulen tätig ist, nach seiner Meinung.

Bei den anstehenden Wahlen dürfen viele Jungwähler das erste Mal wählen. Unter ihnen sind viele Sympathisanten der Rechten und viele nicht orientierte, für rechte Parolen anfällige junge Menschen. Die Schulen sagten zu und wir beantragten bei LAP die Mittel. Das gab eine paar Aufregungen, aber es gab eine Zusage. Eine Frage zum Beispiel war: „Warum es eine Theatergruppe aus Berlin sein muss, kann man keine aus der Region nehmen?“

Alles war vorbereitet, da kam der nächste Hammer: Man teilte uns mit, pünktlich zu den Terminen würde das Geld nicht verfügbar sein. Die Bearbeitung dauerte ein wenig!

Nun wollten wir alles absagen, da erlebten wir eine unerwartete Solidarität. Die Künstler bezahlten erst mal ihr Fahrgeld selbst und warteten vier Wochen auf ihre Gage. Jetzt dachten wir, nichts kann mehr passieren. Da informierte eine Berufsschule unseren Sozialarbeiter, man hätte sich die Materialien angesehen: Das ginge in der Schule nicht. Dennoch war die Aula bei der Vorstellung voll.

Ich begrüßte bei Beginn der Veranstaltungen die Schüler mit der Erklärung, was der Schwur von Buchenwald bedeutet und forderte sie auf, bei dessen Erfüllung mit zu helfen. Bei dieser Aufforderung konnte man schon deutlich erkennen, wer dazu nicht bereit sein würde. Ich hätte einen Professor zum Thema „Rechte Kameraden“ mitbringen können, aber ein Satiretheater mit Musik ist mal was Anderes.

Der Beifall nach dem Stück war intensiv und lang. Die Diskussion an den beiden Schulen unterschied sich in ihrer Intensität und ihrer Breite. Nach der ersten Vorstellung war sie breiter und intensiver. Sie wurde sogar noch im nachfolgenden Unterricht fortgesetzt. Das lag allerdings an der Zusammensetzung der Zuschauer, für die die Schulen verantwortlich waren.

Henry Heinzig - VVN-BdA Freiberg

„Neonazis, Feinde der Demokratie im Haus der Demokratie – das ist ein Skandal“ Aus einer Erklärung des VVN-BdA Sachsen

„Rund 400 Dresdner haben am Dienstagabend lautstark gegen eine Kundgebung der rechtsextremen NPD demonstriert. Rund 80 Neonazis ... hatten vor dem Haus der Presse an der Ostraallee gegen eine angebliche Medienwillkür Stellung bezogen. Nach Ende der Kundgebung kam es jedoch zu Tumulten. Die Neonazis hatten lautstark verkündet, dass die Polizei sie zum Landtag eskortieren wolle. Daraufhin machten sich auch zahlreiche Gegendemonstranten auf den Weg in Richtung Lindenau-Platz. Damit war die Polizei überfordert. Hektisch bugsierten die Einsatzkräfte die Rechtsextremen in den Landtag, während die Gegendemonstranten mit teils massiven Schlagstock- und Pfeffersprayeinsatz zurückgedrängt wurden.“ (DNN)

Dazu erklärt der VVN-BdA Landesvorstand: Der SPD-Partei- und Fraktionschef im Sächsischen Landtag Martin Dulig ist zu Recht empört, wenn er sagt: „Neonazis, Feinde der Demokratie im Haus der Demokratie - das ist ein Skandal“. Dies ist nicht nur ein Skandal, es ist eine Schändung des Ansehens und der Würde des Sächsischen Landtages die hier mit Unterstützung der sächsischen Polizei geschehen konnte. Dass nun die Polizei die Verantwortung für diesen Eklat von sich weist, ist nicht hinnehmbar. ... Der Landtagspräsident sei von der zeitweiligen Unterbringung der Neonazis im Gebäude des Sächsischen Landtages erst informiert worden, nachdem bereits die Nazis sich im Gebäude befunden haben.

Während Antifaschisten in Plauen aus einer Kirche gewaltsam getrieben werden, gewährt man ausgerechnet jenen Kräften, die keine Gelegenheit auslassen gegen die Demokratie zu hetzen und sie abzuschaffen, im Haus der Demokratie, dem Sächsischen Landtag, Zuflucht und Sicherheit.

Dem Präsident des Sächsischen Landtages, Herrn Rößler, scheint nicht an einer schnellen Aufklärung dieser Vorkommnisse gelegen zu sein, denn nicht anders kann man seine Entscheidung werten, eine durch die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD und DIE LINKE beantragte Sondersitzung des Landtagspräsidiums nach Ende des Plenartages zu legen. ...

Mit der Antragstellung auf eine Sondersitzung des Präsidiums des Sächsischen Landtages nach der Beendigung zur Fach-

regierungserklärung, ist den beteiligten Verantwortlichen und auch dem Innenministerium ausreichend Zeit eingeräumt gewesen, zu den Ereignissen am Abend des 17. Juni 2014 sich vorzubereiten und Stellung zu beziehen. Wir stimmen überein mit der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen wenn sie sagten: „Wer für die Situation am gestrigen Abend verantwortlich ist, hat den Sächsischen Landtag nicht nur vor den Feinden der Demokratie, sondern auch in der Öffentlichkeit und weit über die Grenzen Sachsens hinaus lächerlich gemacht.“ ❖

88 - Für Nazis Ziffern mit Symbolgehalt

Jedes Jahr am 27. Januar findet im Sächsischen Landtag die feierliche Würdigung der Opfer des Nationalsozialismus statt. Einlass und Teilnahme werden nur unter strengen Sicherheitsmaßnahmen gewährt. Immer wieder wird betont, Nazis haben in Sachsen keinen Platz.

Dass am 17. Juni 2014 den Teilnehmern der NPD-Kundgebung, den Neonazis, im Landtag „Schutz vor Gegendemonstranten“ geboten wurde (Asyl im Raum 88 - Zufall?), empfinde ich persönlich als eine Verhöhnung der Opfer des Faschismus und eine Demütigung ihrer Angehörigen. Mein Großvater ist noch im März 1945 in der Hölle des Konzentrationslagers Bergen-Belsen umgebracht worden. Mein Vater musste nach eineinhalb Jahren Zuchthaus sofort fünf Jahre im Strafbataillon 999 als so genannter Wehrunwürdiger „dienen“. Mein ältester Cousin fiel der Euthanasie zum Opfer.

Ich unterstütze die Haltung der Abgeordneten der Fraktionen der SPD, der Grünen und der LINKEN. Ich erwarte von den Volksvertretern der CDU und FDP eine klare und eindeutige Stellungnahme, ansonsten würde zwischen ihren Worten und Taten eine große Lücke klaffen. Sie wären für mich dann unglaubwürdig.

Gisela Schikora - Dresden

Erinnerung an die Todesmärsche 1945

Der 8. Mai gilt als Tag der Befreiung vom Nationalsozialismus - ein Grund zum Feiern, aber auch Anlass, der Millionen Opfer von Gewalt und Terror zu gedenken. Der Leipziger Bund der Antifaschisten tut dies gemeinsam mit verschiedenen Gruppen und Initiativen seit vielen Jahren in Form eines Gedenkmarsches, der an die Leiden der Insassen von Konzentrations-, Zwangsarbeits- und Haftlagern erinnern soll, die zu Kriegsende auf lange, oft ziellose Märsche durch ganz Deutschland geschickt wurden.

Leipzig war ein Ausgangspunkt dieser Todesmärsche. Die KZ-Außenlager auch in und um Leipzig wurden geräumt und Tausende Häftlinge auf oft ziellose Märsche geschickt oder - wie in Leipzig Abtnaundorf - etwa 300 kranke Häftlinge zurückgelassen und mindestens 80 am 18. April 1945 bei lebendigem Leib verbrannt oder erschossen.



In diesem Jahr begann der Gedenkmarsch in Leipzig zum zweiten Mal am ehemaligen Außenlager des KZ Buchenwald Leipzig-Schönau. An dem authentischen Ort an der Parkallee trafen sich etwa 60 Personen, Grünauer Anwohner, Mitglieder und Freunde des Bundes der Antifaschisten Leipzig und Akteure der Initiative „Grünau hat Geschichte“.

Der erste Teil des Marsches führte die Teilnehmer auf der Lützner Straße und der Saarländer Straße ein Stück des Weges, an dem sich zahlreiche Fabriken und Betriebe befanden, in denen Häftlinge Zwangsarbeit leisten mussten. Mit dem Bus ging es nach Machern, wo wir uns mit der Gruppe aus Borsdorf vereinigten, um dann gemeinsam bis Wurzen mit dem Schirmherrn Peter Sodann zu marschieren.

*Richard Gauch - VVN-BdA Leipzig
(red. gekürzt)*

Der Winkel Informationsblatt des Landesvorstandes des Verbandes der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) Sachsen. Erscheint vierteljährlich im Selbstverlag. Vertrieb über die Stadt- und Regionalverbände des VVN-BdA Sachsen. Anschrift: VVN-BdA Vogtland, c/o P. Giersich, Eisenbahnstraße 37, 08209 Auerbach/V.; Mail: vvn-vogtland@t-online.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 26.06.2014, Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 17.09.2014. Die nächste Ausgabe erscheint am 07.10.2014. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Zuschriften sinnwährend zu kürzen. V.i.S.d.P.: P. Giersich ❖